
Günter Brakelmann

Besinnung auf die Ursprungswerte

Prof. Dr. Günter Brakelmann, geb. 1931 in Bochum, Studium der Theologie, Sozialwissenschaften und Geschichte in Münster, lehrt Evangelische Sozialethik an der Ruhr-Universität Bochum und ist Leiter des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der EKD.

„Wir müssen radikal umdenken, radikal neu lernen, radikal neu organisieren. Nichts ist mehr so, wie es einmal war. Eine völlig neue Ära in der Entwicklung der Menschheit ist angebrochen. Die technologischen Revolutionen, die ökonomischen Umbrüche und die bewußtseinsmäßigen Wandlungen erfordern ein völlig neues, anderes Instrumentarium, um mit der neuen Wirklichkeit der Zukunft, die schon angebrochen ist, sach- und menschengerecht umgehen zu können.“ So oder ähnlich liest man es allenthalben. Es ist der Ruf nach Modernität, die alle Vergangenheit nicht nur hinter sich

lassen will, sondern als störend für die Zukunft empfindet. Man zelebriert einen unbändigen Willen zum Neuen, das angeblich keine Kontinuität zum Alten mehr kennt. Die Geschichte macht einen Sprung in ein Weltzeitalter, das - analogielos zum Alten - neuen, eigenen Gesetzen folgt. Zukunft wird Wort- und Begriffssymbol für den Einbruch des schlechthin Anderen, noch nicht Bekannten.

Rückbesinnung auf die eigenen Ursprungswerte

Die deutsche Gewerkschaftsbewegung hat eine unverwechselbare Geschichte. Der Mythos ihrer Geschichte war immer Teil ihrer Realität, auch wenn die zeitgenössischen Formen ihrer Arbeit sich notwendigerweise wandeln mußten. Die Gewerkschaften tun gut daran, sich entgegen allem ungeschichtlichen Denken eines modischen Modernismus die Erinnerung an ihre Ursprungstraditionen offen zu halten und sich auch in der aktuellen Reformdiskussion der moralischen Tiefendimension ihrer eigenen Geschichte zu erinnern.

Die historische Gewerkschaftsbewegung war eine humanistische Widerstandsbewegung. Ihr zentraler Bezugspunkt war der leidende Mensch. Gegen die Erfahrung von Alltagsleid (ungesicherte Existenz, lange Arbeitszeit, schlechte Gesundheitsvorsorge u. a.) entwickelte sich ein Widerstandspotential aus verletzter Menschenwürde. Menschsein und Menschwerden im Alltag des Produzierens und Verwaltens zu ermöglichen - das war die Intention ihres konkreten politischen Handelns. Den proklamierten Humanismus auf die Ebene des realen Humanismus zu holen, das Prinzipielle erlebbar zu machen - das gab die politisch-moralische Kraft, gegen die destruktiven Mächte in ihren wechselnden Formen und Uniformen anzugehen.

Der einzelne Mensch, die einzelne Person in ihrer Einmaligkeit bestimmte mit ihren Erwartungen und Rechten die *Ziele* und Methoden des politischen Humanismus. Die kollektive Organisationsform als notwendiges Machtinstrument, um akkumulierte Gegenmacht abzubauen und abzuschleifen, blieb angebunden an ihren Dienstauftrag gegenüber den vereinigten, den assoziierten Personen - auch wenn die Versuchung oft groß war, die Organisation selbst zum zentralen Ereignis zu machen, einen Apparat hauptsächlich um seiner selbst willen aufzubauen. Verliert eine geschichtliche Bewegung ihre bewußte Anbindung an den zentralen Gegenstand, die einzelne Person und die vereinten Personen, verliert sie ihren Dienstcharakter und ihren realen und perspektivischen Humanismus, bleibt sie womöglich ein statischer Machtfaktor, aber sie verliert ihre wirklichkeitsverändernde Kraft. Eine Organisationsmacht ohne Moral und ohne über sich selbst hinausgehende Intentionen, Perspektiven und Horizonte meldet sich als Handlungssubjekt aus dem Geschichtsverlauf ab. Gegen diesen immer drohenden Relevanzverlust gibt es nur ein Gegenmittel: die permanente Frage nach seiner Ursprungs- und Zieltreue. Es geht um die Frage, wieweit eine politische Organisation noch bei der eigenen Sache ist, wieweit sich der Grad der Entfrem-

dung entwickelt hat. Es geht letztlich um die radikale Frage, wieweit eine Organisation noch Geschichtsnotwendigkeit hat oder sich selbst musealisiert hat.

Diese Fragen offen zu halten, ist nicht selbstquälerische Intellektualität, nicht Wonne an Krisenszenarios, sondern notwendige Reflexionsarbeit, weil nur ein ausgebildetes Herkunftsbewußtsein die Chance eines dynamischen Zukunftsverständnisses entbindet. In der eigenen Vergangenheit zu Hause zu sein, in der Kontinuität ihrer Erinnerung zu leben, sie zu vergegenwärtigen - gibt dem wachen Bewußtsein das notwendige Fundament für gegenwärtiges und zukünftiges Handeln. Anders ausgedrückt: Reflektiertes Traditionsbewußtsein, zu wissen, woher man kommt, wem und wozu man verpflichtet ist, gehört zum mentalen Haushalt derer, die Verantwortung für heute und morgen übernehmen wollen. Die Geschichte birgt einen Erfahrungsschatz, der helfen kann, das notwendige Andere, das Neue mit Augenmaß zu formulieren.

Geschichtsbewußtsein zu haben, bedeutet mehr, als Geschichtskennntnisse zu haben. Traditionsbewußtsein zu haben, bedeutet mehr, als Kennntnisse von Traditionen zu haben, die man ehrfürchtig an Gedenktagen zelebriert. Tradition zu haben, bedeutet, von ihr hier und jetzt intellektuell-moralisch und existentiell-mental betroffen zu sein. Eine Vergangenheit zu haben, die nicht hinter uns als fossiles Gebilde liegt, sondern vor uns als eine Vergangenheit steht, die uns angeht, die uns im Wissen und Gewissen bindet. Die permanente Vergewisserung von Tradition hält unser Gewissen überhaupt erst wach, macht erst sensibel für den eigenen Umgang mit aktuellen und zukünftigen Problemen.

Die Vergangenheit, nicht nur die gewerkschaftliche Vergangenheit, birgt ein Potential an Erfahrungswissen, das man nicht ungestraft vernachlässigen kann. Ein dürres Geschichts- und Problembewußtsein ist noch nie ein guter Ratgeber für eigene Entscheidungen gewesen. Nicht, daß man unmittelbar aus der Geschichte lernen könnte, wie man es besser macht, aber doch so, daß man Sinn bekommt für Grundkonstellationen politischer und gesellschaftlicher Konfliktsituationen, sich den Blick schärft für Anzeichen problematischer Entwicklungen. Dieser hier nur kurz umrissene Problemzusammenhang spielt allerdings in der gewerkschaftlichen Programmatik kaum oder gar keine Rolle: Der Programmwurf setzt ein und schließt mit Fragen der Zukunft. Geschichte, Tradition, Wissensbildung werden noch nicht einmal am Rande thematisiert. Die Tradition eines europäischen und deutschen Humanismus, die Verankerung einer human-emanzipativen Bewegung in der Leidensgeschichte von Menschen, Schichten und Klassen wird weder abberufen, noch für das eigene aktuelle Selbstbewußtsein und das eigene Zukunftsverständnis fruchtbar gemacht. Der Entwurf ist im ganzen ein Dokument von Geschichts- und Traditionslosigkeit.

Der mögliche Einwand, in einem Programm könne nicht alles gesagt werden, kann nicht überzeugen, denn bei der Frage nach den eigenen Ursprüngen und Zielen geht es nicht um eine beliebige Sache, sondern um

eine notwendige Selbstverständnisfrage, die nicht ausgeklammert werden kann, denn mit dem Zwang zur Modernisierung wächst zugleich auch die Notwendigkeit einer Rückbesinnung auf die eigene Wertetradition. Es geht nicht um Traditionalismus oder Modernisierung, sondern um ein reflektiertes Traditionsbewußtsein, das erst die Voraussetzung für eine Modernisierung schafft, die über eine bloße Anpassung an Zeitgeist und vorgeblich objektive Entwicklungen hinausweist.

Es gibt gute Gründe, daß die Gewerkschaften, sofern sie Bewegung bleiben wollen, ihre Verankerung in der europäischen und deutschen Sozial- und Ideengeschichte deutlicher zur Sprache bringen. Es reicht nicht aus, historische Referate vor Experten zu halten, die Auseinandersetzung mit Geschichte zur bloßen Bildungsaufgabe zu degradieren, sondern Geschichte ist eine ubiquitäre, eine überall und in allen Fragen relevante Dimension des gewerkschaftlichen Selbstverständnisses. Ohne die permanente Vergewärtigung von Vergangenheit, ohne die ständige Rückfrage an die Bedeutung ihrer eigene Geschichte stirbt eine Bewegung langsam aber unaufhaltsam einen intellektuellen, moralischen und emotionalen Tod.

Dialektik von Individuum und sozialem Wesen

Mit dem Geschichtsverständnis eng zusammen hängt das Verständnis vom Menschen, die Anthropologie. Die gewerkschaftlichen Ideengeschichte ist geprägt von der Dialektik von Individuum als Person und als sozialem Wesen, das auf gestaltete Gesellschaftlichkeit angewiesen ist. In der Vergangenheit hatten weder ein isolierter Individualismus noch ein rigider Kollektivismus eine Chance, die ordnende Denkfigur gewerkschaftlicher Programmatik zu sein. Vielmehr wußten die Gewerkschaften immer um das dialektische Verschränkungsverhältnis von Personalität und Sozialität, von Personalität und Solidarität. Und sie wußten um das grundsätzlich nicht lösbare Spannungsverhältnis personaler Freiheit und überindividueller Gemeinsamkeit. Sie wußten, daß dem Pol der Selbstentfaltung der Pol kollektiven Schutzes entsprechen mußte. Denn zum Ich gehört das Du, die Existenz des anderen ist nicht die ornamentale Beigabe zum eigenen Selbst, sondern das Du des anderen ist die Grundvoraussetzung meiner selbst. Anders formuliert: Solidarität, das Bewußtsein wertgebundener Zusammengehörigkeit, ist nicht ethisches Postulat, sondern eine grundlegende anthropologische Notwendigkeit. Wenn Solidarität als sozialetische Forderung erhoben wird, bringt dies nur zur Sprache, was der Mensch von Grund auf ist: Mitmensch. Wenn die Personalität des einzelnen durch das Dasein und Mitsein des anderen konstituiert wird, so treten das Ich und das Du als Wir in die gesellschaftliche Konkretion. Dieses Wir-Bewußtsein nimmt auf der historisch-gesellschaftlichen Ebene die Form gestaltender Solidarität an. Es ist aber nicht ein kollektivierte Wir, sondern ein Wir, das sich des Unterschieds von Ich und Du bewußt bleibt, ein in die Pflicht der Gemeinsamkeit genommenes Gemeinschaftsbewußtsein. Dieses sozialphilosophische Grundmuster hat in der

Praxis dazu geführt, daß Gewerkschaften immer zugleich den einzelnen als Person und seine solidarische Sozialität gesehen haben. Der einzelne Arbeiter wie die gesamte Arbeiterschaft wurden unterschieden, aber nicht geschieden. Die Gewerkschaften konnten auf diese Weise Anwalt der Personalität des einzelnen wie Anwalt der Schicht oder Klasse sein. Sie mußten nicht in eine falsche Alternative bringen, was dialektisch aufeinander bezogen ist. Diese doppelte Sicht des Menschen war die sozialphilosophische Stärke der gewerkschaftlichen Argumentation.

Eine weitere Dialektik bestimmte Praxis und Theorie: die des Zusammenhangs von individueller Selbstentfaltung der Person und der Notwendigkeit kollektiver Sicherungssysteme. Die Gewerkschaften waren sich bewußt, daß soziale und rechtliche Rahmenbedingungen notwendig sind, um den einzelnen und seinen Gruppen reale Chancen für ein sinnvolles Arbeiten und Leben zu geben. Der liberalistische Individualismus mit seinem Mythos der Alleinverantwortung wie der sozialistische Kollektivismus mit seinem Mythos der Klassenherrschaft - zwischen beiden Extremen ist der programmatische und reale Weg der Gewerkschaften gegangen. Ihr Denken tendierte eigentlich immer zur Mitte, die falsche Alternativen disziplinierte. Auch dieses Erbe gewerkschaftlicher Tradition sollte unter den veränderten Bedingungen von Wirtschaft und Gesellschaft nicht vorschnell aufgegeben werden.

Die Frage nach der Anthropologie wie nach der Geschichtlichkeit ist keine beliebige Frage. Ohne geschichtlich reflektierte Anthropologie kann es keine Grundorientierung für politisches und gesellschaftspolitisches Handeln geben. Die anthropologische Frage ist keine Luxusfrage, sondern ihre Reflexion entscheidet über den Realismus einer Bewegung. Ein falsches, einseitiges Menschenbild, das sich aus der Disziplin der bipolaren Grundstruktur des Menschen verabschiedet, hat ganz gravierende Folgen: Prinzipielle Falschheit ist häufig der Beginn des Abschieds aus der Geschichte. Für die Gewerkschaftsbewegung heißt das: Sie kann sich nicht aus der geschichtlich-anthropologischen Diskussion verabschieden, wenn sie geistige Haftung behalten will. Ihre geschichtliche Rolle wäre bald am Ende, wenn sie nicht die ewig junge Frage nach dem Wesen und den Bedingungen des Menschseins stellen würde.

Für die Gewerkschaften ist die Humanisierung der Arbeit ein zentrales Ziel. Arbeit als fundamentale Voraussetzung, der Natur die individuellen und gesellschaftlichen Lebensmittel abzugewinnen, sollte nur unter menschenwürdigen Bedingungen vollzogen werden. Der Industriearbeit den Lastcharakter zu nehmen, Sinn in und Freude an der Arbeit zu finden - waren die Intention. Den Fortschritt der Technik für den Fortschritt der Menschen zu nutzen, die Produktion des gesellschaftlichen Reichtums nicht unter den Bedingungen von individueller und klassenmäßiger Ausbeutung geschehen zu lassen - das waren Zielvorstellungen, die angesichts einer real existierenden kapitalistischen Wirtschaftsweise aus der Erfahrung ihrer inhumanen Mechanismen heraus geboren wurden.

Wir wissen aber auch, daß die Geschichte des letzten Jahrhunderts - trotz aller Erfolge bei der Humanisierung der Arbeitswelt — auch anders verlaufen ist: Nationalismus, Imperialismus, Stalinismus und Faschismus haben die human-emanzipativen Ziele der Arbeiterbewegung zwischenzeitlich gebrochen. Auch ihre Geschichte unterhegt der Dialektik von Siegen und Niederlagen. Das am wenigsten Selbstverständliche in der Geschichte ist die Durchsetzung von realer Humanität. Dies hat letztendlich mit der unaufhebbaren Ambivalenz des Menschen zu tun: Das Konstruktive ist ihm zueigen wie das Destruktive. Niemand steht außerhalb dieser Ambivalenz, weder eine Person noch eine politische Bewegung. Aufhebbar ist diese Ambivalenz nicht. Aber in ihr gibt es die Möglichkeit, politisch-gesellschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die dem Konstruktiven mehr Raum geben und das Destruktive einengen, ihm Fesseln anlegen: Es muß eine stabile und durchsetzungsfähige Rechtsordnung existieren, um das einmal errungene Maß an Humanität zu sichern. Rechtsstaatlichkeit legt die Tendenz, daß Menschen Mitmenschen zu Objekten ihrer Macht machen, in Fesseln. Rechtsstaatlichkeit ist Schutz vor dem Versuch, Menschen für Machtinteressen zu instrumentalisieren. Dies ist der tiefere Grund dafür, daß Gewerkschaften immer Anwalt von Rechtsstaatlichkeit gewesen sind.

Über Menschen zu herrschen, zu befehlen, sie für die Akkumulierung des eigenen Reichtums einzuspannen, kurz: sie zu Objekten von Ausnutzung und Ausbeutung zu machen - dieser minier wachen Tendenz gilt es Sozialstaatlichkeit entgegenzusetzen, die der Neigung zu ökonomischer Ausbeutung und sozialer Benachteiligung Grenzen setzt. Mit anderen Worten: Rechts- und Sozialstaatlichkeit sind eine anthropologische Notwendigkeit, um die Gegenkräfte zu zähmen, um ihnen zu wehren. Es wäre verantwortungsloser Illusionismus, nicht mit den inhumanen Möglichkeiten des Menschen zu rechnen, wie es ebenso verantwortungslos wäre, seine positiven humanen Intentionen nicht zu mobilisieren und in Strukturen zu bringen, die die human-emanzipativen Kräfte zur Entfaltung bringen können. Es ist deshalb kein historischer Zufall, daß die Gewerkschaftsbewegung als soziale Emanzipationsbewegung von Anfang an für Rechts- und Sozialstaatlichkeit eingetreten ist. Sie hat immer gewußt, daß dieses Zwillingsspaar die Rahmenordnung für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Ziele ist. Und sie hat Gründe, in dieser Tradition zu bleiben und jedem Versuch einer modernistischen Abkehr Widerstand entgegenzusetzen.

Wege zu einem neuen Fortschrittsbegriff

Einige Kritiker sagen, daß das große Ziel der Arbeiterbewegung, eine neue Gesellschaft, die die Mechanismen der kapitalistischen Wirtschaftsweise mit ihren ökonomischen und sozialen Folgen aufheben sollte, historisch am Ende sei. Wenn überhaupt Gewerkschaften noch eine Rolle spielen wollten, dann seien sie zur Reformpolitik verdammt, die eine vorauslaufende Akzeptierung des kapitalistischen Wirtschaftsmodells einschließe. Man kann das aber auch

anders - konstruktiver - sehen. In den Gewerkschaftlichen Monatsheften habe ich dazu folgende Aussage gelesen: „... eine kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf der Basis des Privateigentums an Produktionsmitteln, politische Demokratie und gesellschaftliche Gewaltenteilung bleiben wohl auf absehbare Zeit der Handlungsrahmen für die Gewerkschaften im nationalen und internationalen Bereich. Gerade weil damit kein geschichtlicher und gesellschaftlicher ‚Endzustand‘ gekennzeichnet ist, bleibt gewerkschaftliches Handeln für die Veränderung dieser Gesellschaftsformation nicht nur offen, sondern ist geradezu auf ihre Entwicklung und Gestaltung ausgerichtet.“¹

Hier ist eine wichtige geschichtsphilosophische Entscheidung gefallen: Es hat nach unseren Erfahrungen keinen Sinn mehr, Endziele für die Geschichte zu formulieren. Es gibt in ihr auch keine Endsiege. Sie sollte als das begriffen werden, was sie für den kritischen Blick immer gewesen ist: ein Bündel offener Möglichkeiten. Nichts ist determiniert, alles ist in die verantwortliche Freiheit handelnder Menschen und Menschengruppen gelegt. Zukunft kann nicht am ideologischen Reißbrett formuliert werden, um dann Menschen zu Exekutoren eines angeblich objektiven Geschichtsverlaufs und -zieles zu machen. Ohne bestreiten zu wollen, daß es Tendenzen und Zwänge gibt, die sich als blinde Gestaltungspotentiale durchsetzen wollen, ist die geschichtliche Entwicklung letztlich in die Verantwortung der Menschen gegeben.

Es gibt einen Trend, der uns die permanente Anpassung an eine vermeidlich unaufhaltsame Entwicklung empfiehlt, eine Entwicklung, die vom naturwissenschaftlich-technischen Fortschritt abhängig sei. Es wäre naiv, diese Eigengesetzlichkeiten und Zwänge grundsätzlich zu leugnen. Hier rollen in der Tat Räder, unter die man schnell geraten kann. Aber es wäre ebenso fatal, wenn die Direktionsgewalt des politisch-moralischen Willens der Menschen widerstandslos außer Kraft gesetzt würde. Die Frage ist deshalb in der Tat, ob wir alles tun dürfen, was wir technisch-organisatorisch können.

¹ Klaus Lang/Reinhard Kuhlmann, Erneuerung und Kontinuität. Zur programmatischen Neuorientierung der Gewerkschaftsbewegung, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 5/94, S. 272.